
Analysen, Informationen, Meinungsäusserungen, Grundlagen für gute Volksentscheide

Geht die Welt eines Tages tatsächlich unter? Die Wissenschaft sagt ja, aber...

Die Wissenschaft sagt ja, unser Planet wird verglühen. In 5 bis 6 Milliarden Jahren soll auf der Erde eine unsägliche Hitze von 2200 Grad Celsius herrschen. Dieses Szenario war zu Lebzeiten des Apostels Petrus nicht bekannt. Trotzdem beschrieb er einen Tag, an dem «die Himmel mit Krachen vergehen, die Elemente sich vor Hitze auflösen und die Erde und die Werke darauf verbrennen», (2. Petrus 3.10-12). Die Bibel nennt uns drei Wahrheiten: 1. Das uns bekannte Antlitz der Erde wird untergehen. 2. Den Zeitpunkt des Untergangs kennt niemand. 3. Jesus Christus wird ein zweites Mal kommen, diesmal als Richter und König, um einen neuen Himmel und eine neue Erde aufzurichten. Die Endzeit nach der Bibel meint nicht den Untergang, sondern die Zeitspanne zwischen dem ersten und dem zweiten Kommen von Jesus Christus.

(Auszüge aus dem Leitartikel von Rolf Höneisen in Idea-Spektrum 51/52.2012)

Der Staat über religiöse, naturwissenschaftliche und politische Glaubensfragen

König Friedrich II schrieb im Blick auf Probleme zwischen Katholiken und Protestanten: «Die Religionen Müssen alle Tolleriert werden und Mus der Fiscal nuhr das Auge darauf haben, das keine der andern abrug Tuhe, den **hier muss ein jeder nach seiner Fasson Selich werden.**» Aufgabe des Staates ist es nicht, religiöse, naturwissenschaftliche oder politische Glaubensinhalte zu dekretieren, aber darauf zu achten, dass keine Richtungen einander Abbruch tun. Das ist im Blick auf Religionen besonders zu beachten, welche nebst ethisch hochstehenden Gedanken, die wir in vielen Religionen finden, gegen missliebige Ungläubige auch zu Hass und Totschlag aufrufen, wie der Islam. Auch in der Auseinandersetzung in Universitäten und Ratsälen sollte rhetorische oder physische Gewalt verpönt sein.

Ziel jedes Menschen ist es, selig, zufrieden zu sein oder zu werden, Negatives zu meiden, zu verhindern. Das gilt für religiös Gläubige, welche schon hier und besonders nach dem Tod Glück und Zufriedenheit anstreben und erwarten, wie auch für jene, die sich nur auf das Diesseits konzentrieren im Glauben, nach dem Tod sei alles aus. Dem Menschen stehen viele Informationen über Weltanschauungen offen. Dabei hat nur ein einziger Religionsstifter, Jesus Christus, erklärt, er sei Gottes Sohn und sterbe als Lösegeld für die Schuld der Menschen. Im Politischen ist die direkte Demokratie bei offener ehrlicher Information und Auseinandersetzung die Staatsform, welche behaupten kann, sie sei die einzige, welche den Bürgern echte Freiheit biete.

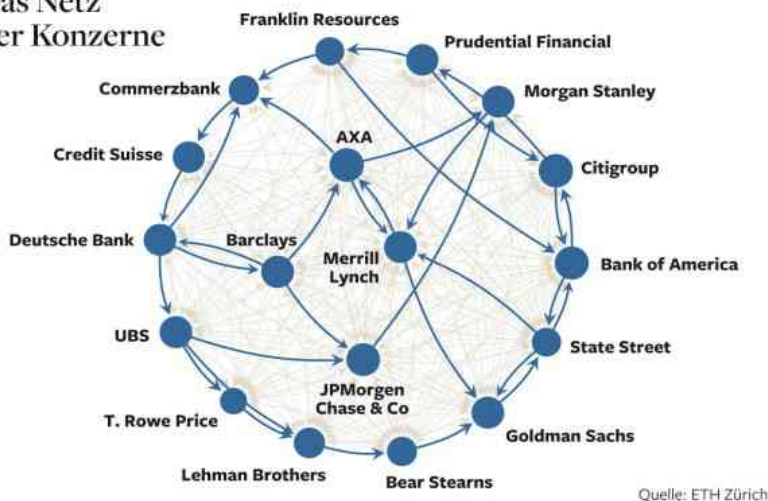
Jeder Mensch darf - wenn er nicht Gewalt anwendet - glauben, überzeugt sein und vertreten, dass seine Ansichten die zielführenden, richtigen seien. Der Mensch ist aber verantwortlich, sich zu informieren. Er ist dem Schicksal ausgeliefert, das er auf Grund seiner Beurteilung anstrebt. Er darf auch kritisiert werden. Wer behauptet, alle Religionen seien gleichwertig als wahr anzuerkennen oder alle naturwissenschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Richtungen seien gleichermaßen richtig, irrt. Meines Erachtens irrt auch Professor Perry Schmid-Leukel, Uni Münster, der als Vertreter der pluralistischen Religionstheologie im Blick auf die vergangene «Woche der Religionen» voraussetzt, dass alle Religionen gleichwertig seien.

Trotz Kavallerie:

Auch verflochtene Grosskonzerne vermeiden Steuern!

Florian Hassel schreibt in «Die Welt» vom 25.10.2011 über Forscher der Eidgenössischen Technischen Hochschule ETH welche Beweise lieferten, dass nationale Grenzen überschreitende Konzerne eng miteinander verflochten sind und die Weltwirtschaft

Das Netz der Konzerne



beherrschen: Von 43'060 Konzernen dominieren 1'318 Firmen vier Fünftel der Weltwirtschaft. Die Elite der Elite besteht aus 147 Firmen, die über 40% der Weltwirtschaft entscheiden. Die Top 50 werden vom britischen Finanzkonzern Barclays angeführt. Das Netzwerk steigert im Krisenfall die Ansteckungsgefahr für Probleme. Die Konzerne entziehen sich durch Verlagerung der Steuerpflicht. In der Rangliste ist die einflussreiche Verflechtung mit der Politik nicht erfasst.

Die Bankiers mit dem grössten Einfluss erscheinen meist nicht mit ihrem Namen, weil sie in vielen Banken bestimmend beteiligt sind.

- <http://www.welt.de/wirtschaft/article13680359/Diese-Firmen-bestimmen-Schicksal-der-Weltwirtschaft.html>
- <http://www.christoph-pfluger.ch/2011/10/20/das-netzwerk-der-globalen-kontrolle/>

Hochfinanz kauft Realwerte mit aus dem Nichts geschöpftem Kredit-«Geld»

Solange Banken, die früher reine Dienstleistungsinstitutionen waren, aus dem Nichts ungedecktes Kreditgeld schöpfen, und die Bankiers dieses in Realwerte (Gold, Firmen usw.) investieren und dabei riesige Gewinne generieren, bleibt die Abzockergefahr bezüglich Boni und die Aussicht, dass einst Wenige die Realwerte der Welt besitzen und viele ihre Guthaben verlieren. **Darum soll auch das Volk soweit möglich in Sachwerte investieren, angefangen beim Notvorrat, der bei vorauszusehenden Unruhen wichtig sein wird.**

In der Comic-Serie «Die Simpsons» (z.B. Pro-7 um 18:40 h) wird das Establishment (Kirche, Politik, Kultur) durch schwarzen Humor verulkt. Auf dem zerstörten Alten, das Neue aufbauen? Die Massen darauf vorbereiten?

Im Jahresbegleiter von Carl Hilty, den Sie unter emil-rahm.ch (vielseitige Homepage mit auch vielen politischen Informationen) anklicken können, heisst es am 8. Januar: «In schweren Angelegenheiten suche zuerst das, was dabei des Dankens wert ist, und danke dafür aufrichtig. Das gibt dir die ruhigere Stimmung, in der auch das übrige erträglicher erscheint. Allmählich kann das durch beständige Übung zu einer guten Gewohnheit werden, die das Leben erleichtert.» - Sicher ein hilfreiches Leitmotiv für das neue Jahr. E.R.

Für Unterstützung von «Prüfen + Handeln»
PC-Konto: 90-29292-0 IBAN CH28 0900 0000 9002 9292 0, BIC POFICHBEXXX

Neues Freifach: «Weltreligionen - Kulturen im Dialog»

Bei den Kantischülern in Schaffhausen kommt das neue Freifach «Weltreligionen - Kulturen im Dialog» gut an. Ich finde es wertvoll, wenn in der Schule über die verschiedenen Weltreligionen informiert wird. Es ist aber wichtig, auch die wesentlichen Unterschiede aufzuzeigen und nicht nur auf die zum Teil gleichen Gebote und Sitten hinzuweisen, was anlässlich einer früheren Ausstellung in der Kantonsschule der Fall war. Interessant ist auch die Feststellung, dass manche Menschen fremde Religionen besser kennen als das Christentum. Wichtig ist es darum, dass im religionsvergleichenden Unterricht unabhängig vom eigenen Glauben auch das Christentum auf Grund der Quellen in der Bibel dargestellt wird, der Islam auf Grund des Korans. Viele Religionen enthalten gleiche ethische Regeln wie das Christentum, auch der Islam. Dieser enthält jedoch auch Vorschriften über Gewaltanwendung im Gegensatz zum Christentum, dessen Begründer Gewaltlosigkeit predigte und der Einzige ist, der sich als Gottes Sohn bezeichnet hat. Als Erlöser ist Jesus ja nicht nur auf die Erde gekommen um Leute gesund zu machen und viele gute Gedanken für das Zusammenleben zu geben. Gemäss der Bibel ist er vor allem gekommen, um die Schuld der Menschheit stellvertretend durch seinen Tod zu sühnen. Er ist uns in der Auferstehung vorangegangen. So sagte Jesus gemäss dem Johannes-Evangelium (11.25) : «Ich bin die Auferstehung und das Leben. Wer an mich glaubt, der wird leben, ob er gleich stirbt; und wer da lebet und glaubet an mich, der wird nimmermehr sterben». Die vielen Lichter zur Weihnachtszeit erinnerten an Jesu Worte, gemäss dem Evangelisten Johannes (8.12): «Ich bin das Licht der Welt; wer mir nachfolgt, der wird nicht wandeln in der Finsternis, sondern wird das Licht des Lebens haben». Und der Evangelist Matthäus zitiert Jesus in Kapitel 5.14 + ff.: «Ihr seid das Licht der Welt... Also lasset Euer Licht leuchten vor den Leuten, dass sie eure guten Werke sehen und euren Vater im Himmel preisen». Allgemeinbildung muss immer auf den Quellen basieren.

In der Welt geschieht nichts ohne Grund

Das zeigt auch die Geschichte über den Kuwait-Krieg im Blick auf den kürzlich verstorbenen US-General Schwarzkopf.

Daniel Goldstein schrieb in den Schaffhauser Nachrichten vom 1. März 1991, dass der Oberkommandierende im Golfkrieg, General Schwarzkopf, seit Jahren einen Nahost-Einsatz vorbereitet habe. Murray Rothbard behandelte in «The free Market» Band 8, vom 8. November 1990 die Vorwände der USA für Polizei-Aktionen. Das Gerangel gehe am Golf darum, wer das Öl beherrschen soll. In einem Presse-Bericht von 1991 schrieb William Fitzgerald unter dem Titel «Die Falle für US-Präsident Bush»: Die Beweise dafür, dass Saddam Hussein damals niemals in Kuwait einmarschiert wäre, wenn er nicht von Interessierten grünes Licht bekommen hätte, seien erdrückend. Man habe in Insider-Zirkeln schon 1990 von einer «Neuordnung des Golfes» nach dem Krieg gesprochen, von einem Ende der arabischen Königsdynastien, von einer Neuaufteilung der Golfregion in sogenannte «demokratische» Staaten unter angloamerikanischer Vorherrschaft. - Der arabische Vorfrühling? Es geschieht nichts ohne Grund in der Welt! E.R.

Ich erinnere auch was Professor Dr. Eberhard Hamer vom Mittelstands-Institut über den Weltgeldbetrug schrieb. <http://emil-rahm.ch/index.php/pruefen-handeln/22-2007/42-der-welt-geldbetrug>

Grosse Gedanken wachsen nur aus einem Herzen, das grosse Schmerzen tief gefurcht haben.

Aber wer hätte den Mut, diesen fruchtbaren, aber auch zugleich furchtbaren Weg selbst einzuschlagen, wenn er dazu nicht genötigt würde, und wer würde ohne die leitende Hand Gottes an den Abgründen vorbeikommen, die ihn, oft auf Haaresbreite, begrenzen?

Von zeitweisen Erschütterungen seines Glaubens ist niemand ganz frei, sonst wäre es eben kein „Glaube“. Aber durch die Erinnerungen, die man mit ihm macht, wird er allmählich doch zu einer Art von Wissen; daher sagt der Apostel Petrus mit Recht:

Denn nicht indem wir klug ersonnenen Fabeln gefolgt sind, haben wir euch die Macht und Wiederkunft unseres Herrn Jesus Christus kundgetan, sondern weil wir Augenzeugen seiner Majestät geworden sind. 2. Petrusbrief 1.16. Das muss auch heute noch jeder Prediger des Evangeliums von sich sagen können. Solange er das noch nicht kann, nützt seine Predigt nicht viel.

Das schreibt der verstorbene Staatsrechtler Carl Hilty in seinem Jahresbegleiter am 6. und 10. April. Siehe www.emil-rahm.ch. (Ausschnitt aus dem e-mail Rundbrief vom 15.04.2013)

Trotz Initiative sind Riesen-Boni weiter möglich!

Aus Ärger, ja Wut, wollen viele der etwas radikalen Initiative zustimmen, welche aber keine Lohnobergrenze verlangt. Auch wenn die Abzocker-Initiative angenommen wird oder der Gegenvorschlag in Kraft tritt, ist das Problem der als Belohnung freiwillig bezahlten Riesen-Vergütungen nicht gelöst. So dürfen die staatlich privilegierten, weniger der preisregulierenden Konkurrenz ausgesetzten Pharma-Konzerne dank hoher Medikamentenpreise ihre Manager weiter mit Boni von Millionen belohnen. Das ist im Verhältnis des erwirtschafteten Milliardengewinns ein Trinkgeld. Und solange Banken weiter aus dem Nichts riesige Summen Kreditgeld schöpfen dürfen, damit sie gar mit Garantien durch den Staat zu Lasten der Stimmbürger Milliardengewinne ohne Wertschöpfung durch Spekulation und Investitionen erzielen können, dürfen auch diese Manager, von denen gierige Aktionäre 15 bis 25% Kapitalrendite fordern, weiter ihren «kleinen Anteil der Milliardeneträge» in Millionenbeträgen an Gehältern und Boni als Belohnte, (nicht als unrechtmässige Abzocker), erhalten. Prof. Dr. Martin Janssen, Uni Zürich, fordert, dass auch staatlich privilegierte Banken, Pharma und Versicherungen den Härten des Wettbewerbs ausgesetzt werden. **Durch die erwähnte Aufblähung der Geldmenge verliert das Volk auf Ersparnissen Geld durch Entwertung, während die durch die Finanzwelt erworbenen Realwerte wie Gold, Liegenschaften, Firmen, im Werte steigen.**

Ich empfahl deshalb Thomas Minder, künftig im Parlament vor allem den Kampf gegen die geschilderte benachteiligende Abzockerei am Volk zu führen. Weniger fragwürdige Gewinne zu Lasten des Volks ergeben automatisch kleinere Boni. Dass Ständerat Minder bisher den Abzocker-Managern in Aktiengesellschaften mit vielen Kleinaktionären die Stirne bieten und die Aktionärsrechte erweitern will, ist verdienstvoll. Die vorgeschlagenen, noch übers Ziel hinaus gehenden vielen detaillierten Regelungen gehören jedoch nicht in eine Verfassung, wo kurze grundsätzliche Normen vorgesehen sind. Die vorliegende, als ausgewogener Gegenvorschlag bereit stehende Aktienrechts-Revision (gemäss Bundesblatt vom 07.12.2010 mit 15 A4-Seiten) nimmt nicht nur börsenkotierte, sondern alle Aktiengesellschaften in Pflicht. Sie geht in einigen Punkten sogar weiter als die Initiative. **Ständerat Minder kann im Parlament beantragen, dass bei Ablehnung seiner Initiative die dann automatisch am 01.01.2014 in Kraft tretende Aktienrechtsrevision noch weiter in seinem Sinn verbessert wird. Darum nein zur Verfassungsinitiative, deren Mängel nur durch Volksabstimmungen zu ändern wären.** Aber Volksvertreter Minder, wie auch andere Parlamentarier wünsche ich Mut und Ausdauer, nach der Unterstützung der Kleinaktionäre von Grossfirmen künftig auch dem *ganzen* Volk dienende Vorstösse zu unternehmen. E. R.

Prof. Dr. Martin Janssen, Uni Zürich, schrieb in der Sonntagszeitung vom 03.02.2013:
«Fast alle angefeindeten Topmanager sind in drei Branchen tätig: bei Banken, Pharma und bei Versicherungen. Und welche Branchen werden in der Schweiz am meisten reguliert? Genau: Banken, Pharma und Versicherungen. In diesen Industrien werden vor allem darum so hohe Löhne bezahlt, weil der Wettbewerb staatlich behindert wird, weil hohe Preise gefördert werden und weil Bund und Kantone Steuergelder für Gratisgarantien einsetzen... **Banken, Pharma und Versicherungen sollten endlich den Härten des Wettbewerbs ausgesetzt werden.**»

Volks-Abzockung weiter möglich

Nach der Abstimmung über die Abzocker-Initiative erhalten die Aktionäre von wenigen grossen Firmen mehr Rechte, damit die Aktionäre als Firma-Inhaber durch sich selbst bedienende Verwaltungsräte und Manager weniger geschädigt werden. Die Höhe der Vergütungen ist aber weiter nicht begrenzt.

Nun gilt es aber, die viel breitere Abzockerei des Volkes anzugehen. Die durch den Staat privilegierten Branchen Pharma mit teuren Medikamenten, Versicherungen mit hohen Prämien und Gross-Banken, welche mit viel aus dem Nichts geschöpftem spekulativem Fremdkapital und teuren Dienstleistungen Milliarden verdienen, können weiter mit hohen Millionen-Vergütungen (Gehälter und Boni) ihre Manager motivieren und Höchstgewinne auf Kosten des Volkes erwirtschaften. Dabei können Risiken weiter zu Lasten der Steuerzahler gehen, wenn die Eigenkapitalbasis der Grossbanken nicht wesentlich erhöht und die Investitionsteile nicht abgetrennt werden. E. R.